

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 07.12.2011
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja

für Wulf-Dieter Stolz

FDP-Fraktion Grundmandat

Bolinius, Erich

für Ralf Fooken

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Jacobs, Marion
Jensen, Imke
Kruse, Helga

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter
Engelberts, Birte
Fielers, Stefan
Obes, Schengül
Ouedraogo, Abdou
Wilts, Elfriede
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

(17:05 bis 18:37 Uhr)

von der Verwaltung

Philipps, Egon
Ubben, Wolfgang

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gast

Hass-Tjaden, Jörg
Schabler, Martin
Wennmann, Angelika

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Verpflichtung beratender und stimmberechtigter sonstiger Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Grix nimmt die Verpflichtung der stimmberechtigten sonstigen und beratenden Mitglieder Marion Jacobs, Imke Jensen, Helga Kruse, Birte Engelberts, Stefan Fielers, Ralf-Günter Dietz, Schengül Obes und Elfriede Wilts gem. § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe für die Gesellschaft zur Förderung nachhaltiger Lebensqualität gGmbH (GNL)
Vorlage: 16/0078

Herr Bolinius beantragt Rederecht, da seine beiden Fraktionskollegen verhindert seien und er diese heute im Jugendhilfeausschuss vertreten würde.

Herr Sprengelmeyer erklärt, bei dieser Vorlage gehe es um die Anerkennung der „Gesellschaft zur Förderung zur nachhaltigen Lebensqualität gGmbH“ als Träger der freien Jugendhilfe. Die GNL sei bis vor einigen Jahren in Aurich tätig gewesen. Nach § 75 Abs. 1 SGB VIII müsse der Jugendhilfeausschuss die freien Träger der Jugendhilfe anerkenne, wenn diese gemeinnützige Ziele verfolge und aufgrund der fachlichen und personellen Voraussetzungen erwarten lasse, dass sie einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe zu leisten im Stande seien und die Gewähr für eine den Ziel des Grundgesetzes förderliche Arbeit bieten würden.

Er führt weiter aus, die Stadt Emden arbeite schon seit längerer Zeit mit der GNL zusammen. Auch seien im Jugendhilfeausschuss schon einige Projekte vorgestellt worden. Abschließend bemerkt Herr Sprengelmeyer, die GNL erfülle diese Voraussetzungen.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

Herr Hass-Tjaden stellt sich zunächst vor und erklärt, die gGmbH sei aus einem Verein hervorgegangen, der vorher in Aurich aber auch schon in Emden tätig gewesen sei. Diese Umwandlung sei aus haftungsrechtlichen Gründen vorgenommen worden. Seit vielen Jahren arbeite man mit dem Jugendamt der Stadt Emden im Bereich Hilfen zur Erziehung zusammen. Herr Hass-Tjaden geht anschließend auf die derzeit laufenden Projekte ein und erläutert das Aufgabengebiet.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer stellt fest, dass diese neue Gesellschaft noch keine drei Jahre arbeite. Weiter erkundigt sie sich, wie die ins Berufsleben gebrachten Jugendlichen bezahlt würden.

Frau Meinen erklärt, sie habe von jungen Menschen gehört, die einen Arbeitslohn erhalten würden. Ihnen werde aber Geld abgezogen, weil sie Taschengeld vom Jugendamt oder Arbeitslosengeld bekämen. Ihrer Ansicht nach erniedrige dieses die Wertigkeit der von den jungen Menschen ausgeführten Arbeit sehr und sei psychologisch wenig sinnvoll.

Herr Ouedraogo sagt, er habe ein Projekt dieser Gesellschaft begleiten können und sei sehr beeindruckt davon gewesen.

Herr Bolinius erklärt, die Aktivitäten seien sicherlich lobend zu erwähnen, da es auch eine gute Sache mit nachhaltiger Lebensqualität sei. Er fragt an, in welche Arbeit die jungen Menschen gebracht worden seien und wie die Entlohnung sei.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, alle hätten auch einen tariflichen Vertrag bekommen, da es sich um einen anerkannter Ausbildungsberuf handeln würde. Er schlägt vor, dieses herausragende Projekt in einer der nächsten Sitzungen noch einmal detaillierter vorzustellen, weil es wirklich für die Integration behinderter junger Menschen in den ersten Arbeitsmarkt beispielhaft sei. Dann könne man auch auf die Einzelfragen eingehen.

Hinsichtlich des Hinweises von Frau E. Meyer, dass diese Gesellschaft noch keine drei Jahre tätig sei, führt Herr Sprengelmeyer aus, aus diesem Grunde sei in der Beschlussvorlage die Befristung bis zum 30.06.2014 genannt worden, um dann das weitere zu beschließen.

Frau E. Meyer bemerkt, sie wolle keinesfalls die Tätigkeit mindern. Ihrer Ansicht nach wäre es jedoch richtiger gewesen, zunächst die Gesellschaft vorzustellen und dann über die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe zu beschließen.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die GNL führe mehrere Projekte durch. Hier gehe es darum, die GNL als Jugendhilfeträger anzuerkennen. Über einzelne Projekte könne man sicherlich noch beraten und berichten. Dazu sein kein Beschluss notwendig.

Herr Hass-Tjaden teilt mit, er sei gerne bereit, die Projekte insgesamt noch einmal vorzustellen.

Beschluss: Die Gesellschaft zur Förderung nachhaltiger Lebensqualität gGmbH (GNL) mit Sitz in Emden wird zunächst befristet bis zum 30.06.2014 als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt. Rechtzeitig vor Fristablauf wird von der Verwaltung des Jugendamtes geprüft, ob die Voraussetzungen für eine unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1
---------------	-----------------	-----------------

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

TOP 6 Zuschuss an die AWO, Kreisverband Emden e.V.
Vorlage: 16/0082

Herr Sprengelmeyer erklärt, bereits im Jahre 1989 sei in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis gegen sexuelle Gewalt eine Beratungsstelle gegründet worden, die dann von der AWO übernommen und weitergeführt worden sei. Da der Beratungsbedarf in den Jahren gestiegen sei, werde eine Stundenerhöhung von 19,25 auf 25 Wochenstunden beantragt. Dabei sei zu berücksichtigen, dass dort auch Landeszuschüsse beinhaltet seien und es noch nicht bekannt sei, ob die beim Land beantragten Gelder auch gewährt würden. Wenn dem nicht so sein sollte, müsste eine weitere Erhöhung durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen werden. Im Moment könnte diese Erhöhung nur unter der Voraussetzung beschlossen werden, dass der Rat den Auswand zunächst einmal in den neuen Haushaltsberatungen im Budgetbuch 2012 zur Verfügung stellen würde.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, die Verwaltung wolle dieses schon vorbereitend einbringen, damit es auch in den Budgetberatungen entsprechend berücksichtigt werden könne. Der zweite Teil des Beschlusses würde vorsehen, dass die Verwaltung beauftragt werde, mit der AWO eine neue Leistungs- und Entgeltvereinbarung vorzubereiten, die dann zum Ende des ersten Halbjahres dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werde.

Herr Grix hat an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Beschluss: Die AWO, Kreisverband Emden e.V., erhält für den Betrieb der Anlauf- und Beratungsstelle im Bereich Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für das Jahr 2012 vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Mittel durch den Rat der Stadt Emden und der aufsichtsbehördlichen Genehmigung des Budgets 2012 eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 23.884 €.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, mit dem Träger die Konditionen für den Betrieb der Anlauf- und Beratungsstelle bis zum 30.06.2012 neu zu verhandeln und eine entsprechende modifizierte Leistungs- und Entgeltvereinbarung vorzubereiten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Zuschuss an das Klinikum Emden gGmbH für die Projekte Familienhebammenzentrale und Puppvisit
Vorlage: 16/0083

Herr Sprengelmeyer erklärt, über die Projekte der „Familienhebammenzentrale“ und „Puppvisit“ sei schon mehrfach im Jugendhilfeausschuss berichtet worden. Die Kooperation mit dem Klinikum bestehe nunmehr seit genau zwei Jahren und es seien jährlich 80.000 € für beide Projekte veranschlagt worden. Derzeit würden in Zusammenarbeit mit dem Klinikum auf der Grundlage einer kleinen Evaluation die Leistungs- und Entgeltvereinbarungen noch einmal überarbeitet. Aus diesem Grunde werde zunächst die Hälfte der benötigten Mittel in Höhe von 27.000 € beantragt, sodass für die ersten sechs Monate die beiden Projekte an das Klinikum bezahlt werden können. Zum Ende des ersten Halbjahres würde dann eine überarbeitete Leistungs- und Entgeltvereinbarung vorgelegt.

Frau E. Meyer bemerkt, wie sie durch die Vorträge und auch über die Presse erfahren habe, seien diese Projekte sehr gut angekommen worden, sodass ihre Fraktion dieser Vorlage zustimmen werde.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

Beschluss: Das Klinikum Emden gGmbH erhält für die Projekte „Familienhebammenzentrale“ und „Puppvisit“ für den Zeitraum vom 01.01. – 30.06.2012 eine Zuwendung in Form einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 27.000 Euro.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, zur Verstetigung des Projekts eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung bis zum 30.06.2012 mit dem Träger zu verhandeln und vorzubereiten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Verstetigung des Programms STÄRKEN vor Ort des BMFSFJ.
- Einsetzen einer Arbeitsgruppe zur Verankerung der Mikroprojektförderung in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf.
Vorlage: 16/0085

Herr Sprengelmeyer erklärt, dieser Tagesordnungspunkt sei ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Landes-, Bundes-, und Europa-Projektförderungen eingesetzt würden, die nach einiger Zeit, wenn sie gut angekommen seien, wieder auslaufen würden. Das Programm STÄRKEN vor Ort sei mit jährlich 100.000 € finanziert worden. Davon seien 80.000 € jeweils in die Projektförderungen eingegangen. Die Verwaltung habe in weiser Voraussicht, dass dieser Programm zum Ende des Jahres eingestellt werde, zunächst einmal eine Summe von 20.000 € in den Entwurf des Haushalts 2012 aufgenommen. Das Programm STÄRKEN vor Ort habe in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass gerade im Quartier mit besonderem Entwicklungsbedarf in Barenburg hier Mikroprojekte durchgeführt worden seien, weil das Programm „Soziale Stadt“ insgesamt daran hapere. Damit diese Projektförderung weitergehen könne, schlage die Verwaltung vor, diese 20.000 € zunächst einmal in den Haushalt einzustellen. Es könne natürlich nur unter dem Vorbehalt hier zugestimmt werden, dass der Rat auch entsprechende Mittel zur Verfügung stelle und die Kommunalaufsicht dem Haushaltsentwurf dann zustimme. Herr Sprengelmeyer führt weiter aus, wenn die Stadt Emden nun ein neues Projekt selber auflegen würde in Höhe von 20.000 €, dann müsse dieses nach irgendwelchen Kriterien vergeben werden. Er schlage vor, dass unter der Leitung des Quartiermanagers, Herrn Schabler, eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde, die entsprechende Kriterien erarbeite und anschließend im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und beschlossen würden. Damit habe man eine Grundlage, nach welchem Verfahren diese Mittel verteilt würden. Neu sei auch, dass nicht nur der Bereich Barenburg zu betrachten sei, sondern auch andere zu identifizierende Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Herr Schabler stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Ergebnisse für die Koordinierungsstelle STÄRKEN vor Ort und macht deutlich, was letztendlich dieses Programm im Stadtteil Barenburg bewirkt habe.

Frau Grix bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau E. Meyer bedankt sich ebenfalls und lobt die geleistete Arbeit. Sie fragt an, ob die beantragte Summe für die Erarbeitung des Konzeptes und der Richtlinien verwendet werde und bittet darum zu gewisser Zeit von der Verwaltung mitteilen zu lassen, welche finanziellen Mittel vom Rat von bereitgestellt werden müssten.

Frau Lechner möchte sich bei denen bedanken, die sich für dieses Programm so stark eingesetzt und es auch umgesetzt hätten. Als Lehrerin habe sie die Möglichkeit, gerade den Bereich Schulverweigerung 2. Chance für Schüler in Anspruch zu nehmen. Auch würden die Angebote in Barenburg sehr gut aufgenommen. Es sei oft so, dass Rahmenbedingungen für Programme

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

vom Land oder Bund vorgegeben würden, während die Inhalte vor Ort geschaffen werden müssten. Ihrer Ansicht nach werde dieses Programm hier optimal umgesetzt.

Herr Sprengelmeyer stellt heraus, im Haushaltsentwurf seien 20.000 € eingestellt worden, damit im kleinen Rahmen Mikroprojekte weiter gefördert werden könnten. Wenn der Rat dem so zustimmen werde, dann hätte man 20.000 € und es gehe jetzt darum, wie diese dann verteilt würden. Dazu müsse es Richtlinien geben. Herr Schabler habe sich bereiterklärt, eine Gruppe zusammenzustellen und Richtlinien zu erarbeiten, die dann noch einmal im Jugendhilfeausschuss vorgestellt würden und beschlossen werden müssten. Nach diesen Richtlinien könne dann das Geld vergeben werden.

Herr Ouedraogo bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er habe die Möglichkeit gehabt, dieses Projekt kennenzulernen. Das Besondere sei die Betreuung durch die Koordinierungsperson und die Begleitung durch den Stadtteilbeirat. Die Koordinierungsstelle habe eine enorme Arbeit geleistet und die Projekte begleitet. Er würde es begrüßen, wenn ein solches Projekt nicht nur innerhalb eines Sanierungsbereichs durchgeführt würde, sondern auf die gesamte Stadt Emden verteilt wäre.

Herr Bolinius erklärt, es sei sehr lobenswert, dass diese Projekte durchgeführt worden seien. Seiner Ansicht nach sollten diese Projekte nicht nur in Barenburg, sondern in der ganzen Stadt durchgeführt werden.

Herr Fielers macht darauf aufmerksam, dass in der Vorlage stehe, das Projekt laufe noch bis zum 31.12.2012.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, dass sei ein Fehler. Es müsse richtig heißen 31.12.2011.

Frau Engelberts begrüßt ebenfalls dieses Projekt. Ihrer Meinung nach seien diese Projekte zielgruppenorientiert und nicht stadtteilbezogen. Selbstverständlich würde viel in Barenburg stattfinden. Aber man mache sich bei den Projekten Gedanken, welche Zielgruppen man ansprechen wolle. Es sei wichtig, die Menschen zu erreichen und sie gehe davon aus, dass diese dann auch aus anderen Stadtteilen kommen würden.

Frau E. Meyer regt an, in die Arbeitsgruppe auch Vertreter aus anderen Stadtteilen zu nehmen.

Herr Dietz erklärt, ihm sei bekannt, wie gut einige Projekte laufen würden. Herr Sprengelmeyer habe bereits gesagt, dass eine Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet vorgesehen sei. Er frage sich jedoch, wie man hier mit 20.000 € auskommen wolle und ob dann nicht der Ansatz viel höher sein müsse.

Herr Sprengelmeyer bemerkt, dieses sei letztendlich eine politische Frage. In den im Mai geführten Budgetgesprächen habe man sich überlegt, was geplant sei. Hier müsse auch grundsätzlich geklärt werden, wie man mit den Projekten, die vom Land, Bund und EU initiiert worden seien, umgehen wolle. Als Stadt stehe man immer wieder vor dem Problem, was man sich zukünftig leisten könne. Selbstverständlich könne in diesen Bereichen mehr Geld ausgegeben werden. Aber darüber müsse die Politik im Rahmen der Haushaltsberatungen noch einmal diskutieren. Die Verwaltung sei der Ansicht, dass man den Ansatz dieses Programms nicht fallenlassen wolle und habe deshalb zunächst einmal 20.000 € hierfür eingestellt.

Hinsichtlich der Quartiere erklärt Herr Sprengelmeyer, es würde natürlich auch andere Stadtteile in Emden geben, die einen Entwicklungsbedarf hätten. Doch diese müssten zunächst einmal identifiziert werden. Auch müsste überlegt werden, welche Zielgruppen hier eigentlich gefördert werden sollten. Er bemerkt, im Rahmen der Jugendsozialarbeit sei auch eine Projektförderung von 1.000 € schon sehr hilfreich.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

Abschließend führt Herr Sprengelmeyer aus, die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe sei eigentlich dem geschuldet, was vorhanden sei. Er weist darauf hin, dass die beteiligten freien Träger nicht nur in Barenburg, sondern im gesamten Stadtgebiet tätig seien und somit aus diesem Blickwinkel heraus einiges dazu beitragen können.

Herr Schabler berichtet, zu den ganzen Fragen sei bereits beim letzten Netzwerktreffen eine Diskussion geführt worden. Außerdem sei zu den Kernbestandteilen dieses Programms eine Abfrage durchgeführt worden. Man sei zu ziemlich eindeutigen Ergebnissen gekommen, da sich alle einig gewesen seien, dass der Gebietsbezug aufrechterhalten werden müsse. Aber alle seien sich einig gewesen, dieses nicht nur auf Barenburg zu beschränken. Es geht auch nicht darum, dass Barenburg im Gegensatz zu den anderen Stadtteilen Geld bekommen würde. Es müsse überlegt werden, was im Sinne einer Verstetigung dieses Mikroprojekt-Ansatzes für die gesamte Stadt sinnvoll sei. Selbstverständlich müssten auch Träger beteiligt werden, die nicht in Barenburg tätig seien. Nur für die Erarbeitung solcher Richtlinien würden Träger benötigt, die aus der bisherigen Umsetzung Erfahrung mitbringen würden.

Herr Grix hält es für wertvoll, wenn zusammengestellt würde, wo Landes- und Bundesmittel mittlerweile gestrichen worden seien und die Kommune nunmehr vor der Aufgabe stehe, diese von Bund und Land angeschobenen sinnvollen Projekte alleine weiter durchzuführen.

Frau Meinen bittet die Verwaltung, dem Rat eine Liste zur Verfügung zu stellen, aus der ersichtlich sei, welche Projekte es in Emden geben würde, mit welchen Leistungsvereinbarungen, wann diese beendet worden seien und wie viel Geld die Stadt Emden investieren müsse.

Herr Sprengelmeyer sagt zu, eine entsprechende Liste dem Protokoll beizufügen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Fortführung der Mikroprojektförderung zu. Für die Erarbeitung eines Konzeptes und Richtlinien für die Mittelvergabe wird eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Quartiersmanagers Herrn Schabler eingesetzt. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss in der ersten Jahreshälfte 2012 vorgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Jugendlager St. Desir
Vorlage: 16/0087

Herr Sprengelmeyer erklärt, das Jugendlager St. Desir werde mittlerweile seit 45 Jahren in Zusammenarbeit und unter der Trägerschaft des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. durchgeführt. Das Jugendlager habe viele Besonderheiten und würde in seiner Struktur nicht den Förderrichtlinien des Volksbundes entsprechen. Bereits im Sommer 2011 habe man mit dem damaligen Oberbürgermeister nach Lösungen gesucht, da es zu diesem Zeitpunkt auf der Kippe gestanden habe. Nunmehr habe man eine Lösung gefunden, die auch finanziell zu tragen sei, wenn die Stadt Emden die Trägerschaft übernehmen, der Volksbund Kooperationspartner bleiben und die Bundeswehr als Mitveranstalter entsprechende Leistung beantragen würde. Nach Rücksprache mit dem Landesverband habe sich ergeben, dass der Bundesverband diesem nur zustimme, wenn der Jugendhilfeausschuss in seiner heutigen Sitzung beschließe, dass die Stadt Emden die Trägerschaft übernehmen würde. Daraufhin werde von der Verwaltung eine Kooperationsvereinbarung mit dem Deutschen Volksbund vorbereitet, in der auch die Finanzierung festgelegt sei, die dann vom Oberbürgermeister unterzeichnet werde.

Frau Grix bedankt sich die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

Frau E. Meyer fragt an, ob man davon ausgehen könne, dass außer der Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt Emden alles so bleibe wie bisher.

Herr Bolinius erklärt, auch seine Fraktion sei dafür, dass das Jugendlager erhalten bleibe. Er freue sich, dass eine Lösung gefunden worden sei. Er fragt an, ob diese Beschlussvorlage nicht vom Rat beschlossen werden müsse.

Herr Sprengelmeyer stellt fest, es gehe hier lediglich um die Übernahme der Trägerschaft und die könne der Jugendhilfeausschuss selber beschließen. Normalerweise sei dieses auch eine Geschäft der laufenden Verwaltung. Doch aufgrund der Besonderheit dieses Jugendlagers habe er diesen Weg gewählt, um so auch die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Herr Fielers erkundigt sich nach dem Zeitraum dieser Vereinbarung mit dem Volksbund gerade auch im Hinblick auf die Bundeswehrstruktur.

Herr Sprengelmeyer erklärt, die Finanzierung der Fahrt bleibe im Grunde wie bisher, sodass sich dieses nicht zum Nachteil der Stadt Emden auswirken werde, wenn sie die Trägerschaft übernehme, solange die Bundeswehr noch beteiligt sei. Diese Beteiligung könne man allerdings nicht für die Zukunft voraussetzen, da Bundeswehrstandorte geschlossen würden. Die Verhandlungen bezüglich der noch abzuschließenden Kooperationsvereinbarung würden jetzt aufgenommen.

Herr Reibe erklärt, es werde streng nach den Richtlinien vorgegangen, die Anfang des Jahres beschlossen worden seien. Im Anschluss erläutert Herr Reibe noch einmal die Beträge.

Herr Grix bemerkt, die Richtlinien seien ausgearbeitet worden, um solche Maßnahmen auch auf internationaler Ebene besser fördern und weiter ausbauen zu können. Weiter weist er darauf hin, dass es einen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge geben würde, der auf ewige Zeiten zur Pflege der Kriegsgräber geschlossen worden sei und nur durch einen Beschluss des Bundestages aufgelöst werden könne.

Herr Bolinius erklärt, er könne nicht nachvollziehen, warum sich der Volksbund hier zurückziehen wolle.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, wie er bereits ausgeführt habe, würde dieses Lager nicht den Richtlinien entsprechen, nach denen der Volksbund Jugendlager fördere. Hinsichtlich der Ausführung von Herrn Grix erklärt, es würde zwar den Vertrag geben, aber gleichzeitig auch ein Kontingent, welches im Jahr irgendwann ausgeschöpft sei. Dieses lange Lager schlage mit drei Wochen in diesem Kontingent erheblich zu Buche. Dieses Geld fehle dann bei anderen Lagern.

Herr Grix führt aus, normalerweise seien die Pflegedienste auf den Friedhöfen auf maximal 14 Tage einschließlich An- und Abreisetag festgelegt. Davon müssten mindestens $\frac{3}{4}$ als Arbeitstage eingesetzt, die andere Zeit als Exkursionen bzw. Schulungen. Dieses Lager sei aber ausgelegt mit weit über drei Wochen. Zudem würden nicht nur deutsche Jugendliche die Pflege vornehmen. Daran stoße sich der Volksbund.

Frau Grix schlägt vor, den neuen Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss die Bezuschussungsrichtlinien zu schicken, damit sie auch einen Einblick bekämen.

Beschluss: Das Jugendlager St. Desir wird zukünftig in der Trägerschaft der Stadt Emden durchgeführt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

TOP 10 Vorstellung der überarbeiteten und aktualisierten pädagogischen Konzeption der Kindertagesstätte Barenburg
Vorlage: 16/0086

Herr Ubben erklärt, im Nds. Kindertagesstättengesetz sei eine Konzeption für eine Kindertagesstätte vorgeschrieben. Letztmalig sei im Jugendhilfeausschuss im Jahre 2004 vorgestellt worden. Zwischenzeitlich hätten sich auch erhebliche Änderungen ergeben, die sich auch enorm auf den Arbeitsalltag der Erzieherinnen und Erzieher auswirken würden. Die nunmehr vorliegende Konzeption sei vom gesamten Team der Kindertagesstätte Barenburg in einem fast einjährigen Prozess ausgearbeitet worden.

Die Leiterin der Kindertagesstätte Barenburg, **Frau Wennmann**, stellt die wesentlichen Veränderungen der überarbeiteten Konzeption vor und erläutert diese.

Frau Grix bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius stellt fest, dass diese pädagogische Konzeption sehr interessant sei und fragt an, ob dem Ausschuss auch die Konzepte der anderen Einrichtungen vorgestellt würden.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich, ob die behinderten Kinder in der Einrichtung durch eine Sozialarbeiterin bzw. einen Sozialarbeiter begleitet würden.

Frau Wennmann erklärt, in den Integrationsgruppen würden jeweils drei pädagogische Fachkräfte arbeiten. Eine Fachkraft habe eine integrative Zusatzausbildung. Zusätzlich habe man in den Integrationsgruppen noch einen Bundesfreiwilligendienstler, der die pädagogischen Fachkräfte unterstütze.

Herr Ubben bemerkt hinsichtlich der Frage von Herrn Bolinius, die Verwaltung fordere von den Einrichtungen die Konzeptionen an. Es würden noch nicht alle vorliegen, da sie teilweise auch aufgrund geänderter Verhältnisse überarbeitet würden. Doch letztlich sei es Sache des Trägers, wie er sich ausrichten wolle.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt die der Vorlage 16/0086 als Anlage beigefügte überarbeitete und aktualisierte Konzeption der Kita Barenburg.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Verein zur Förderung der Jugend e. V. ;
- Antrag auf Übernahme der Kosten von Freiplätzen in den Vorschulfördergruppen
Vorlage: 16/0084

Herr Ubben erklärt, bereits im Jugendhilfeausschuss am 15.06.2010 habe er mitgeteilt, dass die Stadt Emden den Vertrag mit dem „Verein zur Förderung der Jugend e. V.“ kündigen wolle. Dieses sei auch in Absprache mit dem Verein geschehen. Die vorgelegte Konzeption sei aus dem Jahre 1988 und es hätten sich aufgrund der veränderten Verhältnisse auch neue Bedürfnisse ergeben. Der Fachdienst Kinder und Familien habe dem Verein angeboten, in Zusammenarbeit mit der NfBE eine neue Konzeption zu erarbeiten. Leider sei der Verein nur wenig kooperativ gewesen und habe darauf bestanden, an seiner alten Ausrichtung festzuhalten. Im Bereich der Vorschulbetreuung würde es erhebliche Angebote geben wie z. B. das Modellprojekt Brückenjahr. Zudem habe jedes Kindergartenkind einen Anspruch auf einen Platz. Seiner Ansicht nach sei bereits ein Überangebot vorhanden und man müsse sich nach der Notwendigkeit fragen, zumal die Stadt Emden auch die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zielgerichtet

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

einsetzen müsse. Insofern sei die Verwaltung der Auffassung, dass in dieser Form nicht mehr gefördert werden könne. Gleichwohl halte er das Angebot an den Verein aufrecht, an einer neuen konzeptionellen Ausrichtung mitzuarbeiten.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, mit dieser Vorlage habe sich die Verwaltung sehr schwer getan, da es diesen Verein schon sehr lange in Emden geben würde. Auch der Oberbürgermeister habe sich noch kurzfristig mit den Vereinsverantwortlichen getroffen und man sei dort übereingekommen, dass noch einmal das Gespräch aufgenommen werde, um mit den jetzt dort Tätigen eine konzeptionelle Lösung im gesamtstädtischen Kontext zu finden.

Frau E. Meyer beantragt für die SPD-Fraktion, diese Beschlussvorlage zurückzustellen, da noch Beratungsbedarf bestehen würde.

Herr Bolinius schließt sich diesem Antrag an.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Teilnahme der Studenten an der heutigen Sitzung

Herr Sprengelmeyer zeigt sich erfreut über die Teilnahme der Studenten an der heutigen Jugendhilfeausschuss-Sitzung und bemerkt, die Ausschussmitglieder würden im Nachgang für ein kurzes Gespräch zur Verfügung stehen.

2. Kindeswohlgefährdung

Herr Sprengelmeyer erklärt, obwohl das Bundeskinderschutzgesetz noch nicht verabschiedet worden sei, würde es Anforderungen im Rahmen der Kindeswohlgefährdungsmeldungen insbesondere bei der Beratung im professionellen und im ehrenamtlichen Bereich geben. Nunmehr sei ein Pool mit erfahrenen Fachkräften zusammengestellt worden, der sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erziehungsberatungsstelle, der Pro Familia, der AWO-Gewaltstelle und weiteren Trägern der freien Jugendhilfe zusammensetze. Anfragen würden bei der Erziehungsberatungsstelle auflaufen, die als Koordinierungsstelle aus diesem Pool heraus bedienen würden und somit Beratung und Unterstützung geben könnten. Hinsichtlich der Abrechnung bemerkt Herr Sprengelmeyer, mit den freien Trägern rechne man über Fachleistungsstunden ab. Auch werde noch eine Fortbildung durchgeführt, um weitere Fachkräfte auszubilden.

3. Förderung für das Programm Mehrgenerationshäuser

Herr Philipps führt aus, bis zu einer gewissen Zeit habe die Förderung des Mehrgenerationenhauses auf der Kippe gestanden. Nunmehr würde es ein Folgeprogramm geben. Die Stadt Emden habe im Sommer eine Interessenbekundung für dieses Programm abgegeben, sodass sie jetzt einen entsprechenden Antrag stellen könne, um eine weitere Förderung bekommen zu können.

4. Fortbildung von Integrationslotsen

Herr Philipps bemerkt, die Fortbildung von Integrationslotsen sei abgeschlossen, sodass jetzt die Koordinationsarbeit im Mehrgenerationshaus Kulturbunker beginnen könne.

Niederschrift Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.12.2011

5. Stellenbesetzung

Herr Philipps gibt bekannt, dass die Stelle im Kinder- und Jugendschutz in der schulbezogenen Sozialarbeit ab dem 01.11.2011 mit Frau Birgit Eicklenborg wieder besetzt sei. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung aus der Arbeit im Kinder- und Jugendhaus würde Frau Eicklenborg bereits neue Ideen entwickeln.

TOP 13 Anfragen

Fortbildung Jugendgruppenleiter

Herr Grix erklärt, er wolle im Januar mit der Planung neuer Jugendfreizeiten beginnen. Dazu gehöre auch die Auffrischung bzw. Fortbildung der Jugendgruppenleiter. Daher interessiere es ihn, ob im Frühjahr wieder die Lehrgänge auf der Insel Juist durchgeführt würden.

Herr Reibe entgegnet, es sei schon Tradition, dass in den Osterferien der Grundkurs Jugendgruppenleiter auf der Insel Juist durchgeführt werde. Im Jahre 2012 werde diese umfassende Ausbildung durch eine Fortbildung ergänzt, die einerseits die Methoden der Kleinkunst betreffen würde und andererseits eher thematisch strukturiert sei auf der Grundlage des Entschlusses des kommunalen Präventionsrates, sich mit den neuen Medien zu beschäftigen. Abschließend stellt Herr Reibe heraus, die Ausschreibungen zu allen Maßnahmen würden Anfang des neuen Jahres erfolgen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.